

Auf Heller und Pfennig

In der zweiten Lesung geht es um die Einzeletat der Ressorts

13./14. April 2011 – Die Landesregierung will in diesem Jahr so viel Geld ausgeben wie für ihren Ansatz einer präventiven Politik nötig sei, sieht sich aber auch zum Sparen gezwungen. Ursprünglich hatte sie (nach einer Korrektur) ein Budget von insgesamt etwa 55,8 Milliarden Euro und Neuschulden in Höhe von rund 7,1 Milliarden Euro geplant. Darüber hat der Landtag im März in erster Lesung diskutiert. Nach Beratungen in den Fachausschüssen sollen es nun noch rund 4,8 Milliarden Euro neue Schulden sein. Dies und die einzelnen Bausteine des Haushaltsentwurfs waren Gegenstand der zweiten Lesung. Die CDU forderte in einem Änderungsantrag weitere Einsparungen, unter anderem durch globale Minderausgaben in allen Ressorts. Wie ein roter Faden zieht sich daher durch die Fachdebatten die Frage von SPD und Grünen, wo denn genau gekürzt und Stellen gestrichen werden sollen. Die FDP pocht auf Konsolidierung, die Linke fordert höhere Ausgaben quer durch die Ressorts.

Bodo Löttgen (CDU), vorn am Rednerpult und Innenminister Ralf Jäger (SPD)
Foto: Schälte

GEMEINDEFINANZIERUNGSGESETZ (GFG)

Es sei kaum Substanz festzustellen, bewertete **Bodo Löttgen** (CDU) den Entwurf des GFG mit Blick auf die Ankündigungen der Landesregierung, den Kommunen zu helfen. Auch bisher gesunde Kommunen drohten, in den Nothaushalt zu fallen. Löttgen appellierte an die Regierungsfractionen, durch ein gemeinsames Sondergesetz den Kommunen mit 650 Millionen Euro für Zins und Tilgung zu helfen.

Auch **Marc Herter** (SPD) trat für parteipolitische Zusammenarbeit ein. Das Angebot der CDU wertete er allerdings als „vergiftet“: Der Vorschlag ziele darauf ab, reiche und arme Kommunen gegeneinander auszuspielen. Ein Gesetz zur Konsolidierung der Kommunen solle man gemeinsam angehen, appellierte Herter. Dieses Ziel sei aber nur bei stärkerer Beteiligung des Bundes zu erreichen.

In die gleiche Richtung argumentierte auch **Mehrdad Mostofizadeh** (Grüne). Die „dramatische“ Finanznot der Städte und Gemeinden könne nicht durch das Land alleine, sondern nur unter stärkerer Beteiligung des Bundes gelöst werden. Bei der Anerkennung der Problemlage sei die CDU eigentlich auf dem richtigen Weg, plädierte auch Mostofizadeh für ein fraktionsübergreifendes Vorgehen.

„Wir liegen nicht weit auseinander“, konstatierte **Horst Engel** (FDP). Alle müssten konsolidieren – auch die Kommunen. Diese schwebten bei den Kassenkrediten angesichts möglicherweise steigender Zinsen allerdings in der Zinsfalle. Ein Teil dieser Kredite werde nur dann verlängert,

wenn die NRW-Bank dafür bürge. Engel forderte eine umfassende Reform des Finanzausgleichs im Jahr 2012.

Deutlich höhere Ausgaben für die Städte und Gemeinden verlangte **Rüdiger Sagel** (Linke). Man dürfe das Land nicht kaputtsparen. Notwendig sei, stärker in soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit zu investieren. SPD und Grüne seien hier „angstgesteuert“, kritisierte der Linken-Sprecher. Um die Haushalte zu sanieren, sei eine stärkere Belastung großer Vermögen erforderlich.

„Wir sitzen alle in einem Boot“, analysierte **Innenminister Ralf Jäger** (SPD). Er sah das kommunale Finanzsystem in seiner Leistungsfähigkeit bedroht. Dieser dramatischen Entwicklung müsse man entgegentreten, denn das Vertrauen der Banken in die Kommunen werde zunehmend in Frage gestellt. Dies resultiere allerdings auch aus dem Scherbenhaufen, den die Vorgängerregierung hinterlassen habe.

INNERES UND KOMMUNALES

Der CDU-Abgeordnete **Theo Kruse** vermisste Engagement bei der Entbürokratisierung und sah viele innenpolitische Fragen unbeantwortet. Die Kriminalität werde zunehmen, fürchtete er, weil die Landesregierung sich aus der Verantwortung stehle.

Thomas Stotko (SPD) wandte sich gegen pauschale Kürzungen, die nicht ohne Stellenstreichungen möglich seien. Wohin zu wenig Personal führe, habe etwa der Fall Envio gezeigt. Stotko lobte beispielsweise 123 geplante neue Stellen bei der Polizei.

Als zentral beschrieb **Matthi Bolte** (Grüne) die Mittel für die Kriminalitätsprävention. Außerdem solle NRW menschlicher und demokratischer werden, begründete der Grüne mehr Geld für die Flüchtlingspolitik. Des Weiteren solle rassistische Gewalt bekämpft werden.

Horst Engel (FDP) begrüßte die Einrichtung von acht zusätzlichen Stellen im Datenschutz und die Pläne gegen Jugendkriminalität, hielt letztere aber ebenso wie das Vorgehen gegen organisierte Kriminalität, etwa gegen die Mafia, für unzureichend.

Licht und Schatten sah **Anna Conrads** (Linke) im Etat. Auch sie lobte im Kern die Planungen bei Polizei, Datenschutz und Flüchtlingsarbeit, sah aber auch weitere Herausforderungen. Der Verfassungsschutz solle in der jetzigen Form abgeschafft werden.

Innenminister Ralf Jäger (SPD) begrüßte die sachliche Debatte. Er lobte die Kriminalprävention als bundesweit neuen Weg, bestätigte dem FDP-Sprecher das Problem, dass Polizeikräfte zunehmend brutaler angegriffen würden und warb für deren Wertschätzung.

MINISTERPRÄSIDENTIN UND STAATSKANZLEI

In der Staatskanzlei gebe es weder Kompetenz noch Können, urteilte **Armin Laschet** (CDU). Als Beispiele nannte er unter anderem den Nachtragshaushalt sowie die „Schulpolitik per Schulversuch“, die beide per Gerichtsurteil gestoppt worden seien.

Der rot-grüne Regierungsstil sei von „Nähe zu den Menschen“ gekennzeichnet, so **Prof. Dr. Rainer Bovermann** (SPD). Außerdem sei im Gegensatz zur Regierung Rüttgers die Zahl der Stellen stabil geblieben, und die Personalausgaben gingen leicht zurück.

Die Ministerpräsidentin wähle für ihre Veranstaltungen eine andere Art als ihr Vorgänger, erklärte **Reiner Priggen** (Grüne). Sie treffe Menschen in deren Lebensrealität. In diesem Bereich hätten CDU, FDP und Linke gemeinsam Kürzungen beschlossen, kritisierte er.

Ob die jetzt als Regierungsaufgabe deklarierten „Tatkraft-Tage“ die Fortsetzung der gleichnamigen früheren Parteiveranstaltungen seien, fragte **Ralf Witzel** (FDP). Anscheinend dienten sie eher Vermarktungszwecken, verwies er auf dazu angebotene Pressefotos.

Die notwendige Trennung der Ämter als Ministerpräsidentin und SPD-Vorsitzenden werde in der „Tatkraft-Tour“ verwischt, bemängelte auch **Ralf Michalowsky** (Linke). Ebenso wandte er sich gegen eine Reihe anderer Veranstaltungen „mit eindeutigen SPD-Bezug“.

Es handele sich um ein neues Konzept unter bekanntem Namen, verteidigte **Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren** die „Tatkraft-Tage“. Anders als beim früheren „Rüttgers Club“ stünden diese Veranstaltungen für eine bürgernahe Politik.



Ilka von Boeselager (CDU)

Markus Töns (SPD)

Stefan Engstfeld (Grüne)

Dr. Ingo Wolf (FDP)

Bärbel Beuermann (Linke)

LANDESPLANUNG

„Wer betreibt zurzeit Landesplanung?“, fragte **Josef Hovenjürgen** (CDU) nach den Zuständigkeiten. Offensichtlich wisse die Landesregierung noch nicht, wohin sie wolle.

In der Landesplanung habe man unerledigte Vorhaben und verlorene Prozesse vorgefunden, so **Thomas Eiskirch** (SPD). Er verwies unter anderem auf das Kraftwerksprojekt Datteln.

Landesentwicklungsplan und Landesentwicklungsprogrammgesetz zusammenzuführen, war für **Daniela Schneckenburger** (Grüne) wichtig, auch um zukünftige Energiepolitik abzusichern.

Für **Holger Ellerbrock** (FDP) hatten die Fragen der Energiepolitik in der Landesplanung ebenfalls besonderen Stellenwert. So müsse man Trassen für Leitungen großzügig freihalten.

Rüdiger Sagel (Linke) forderte in der Landesplanung mehr Bürgerinformation, Bürgerbeteiligung und Transparenz. Bisher gebe es hier bei SPD und Grünen nur „zarte Ansätze“.

Zentrales Projekt sei der neue Landesentwicklungsplan, so **Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren**. Er solle nachhaltige Raumentwicklung fördern.

EUROPA UND EINE WELT

Aus Sicht von **Ilka von Boeselager** (CDU) setzt die Landesregierung in der Europa- und Eine-Welt-Politik Mittel nicht effizient ein. „Sie investieren in Strukturen und nicht in Substanz. Sie verplanen Geld für Netzwerke und Kanäle anstatt für Ideen und Initiativen.“

„Der Haushaltsentwurf in den Bereichen Europa und Eine Welt zeigt die Bedeutung, die diesen Querschnittsfeldern zukommt“, entgegnete **Markus Töns** (SPD). Es sei wichtig, die Europafähigkeit des Landes und auch der Kommunen in NRW weiter zu stärken.

Stefan Engstfeld (Grüne) hielt das vorgesehene Plus von 600.000 Euro für die internationale und Eine-Welt-Politik für einen „vollen Erfolg“. NRW werde „seiner Internationalität, seiner europäischen und globalen Verantwortung in vollem Umfang gerecht“.

Es sei schändlich, so **Dr. Ingo Wolf** (FDP), dass die Landesregierung im vorgelegten Haushaltsentwurf finanzielle Verschiebungen zulasten des Bereichs Europa vornehme. „Hier gehört das

Geld hin und nicht in den Bereich Eine Welt“, kritisierte der Liberale.

Bärbel Beuermann (Linke) sah die Landesregierung auf gutem Weg, das Werben für die Völkerverständigung gerade auf kommunaler Ebene zu unterstützen und zu stärken. Eine Fortsetzung und Vertiefung des europäischen Engagements sei unabdingbar.

Die Landesregierung verfolge den Anspruch, Europapolitik aktiv zu gestalten und das Europabewusstsein auf allen gesellschaftlichen Ebenen zu steigern, erklärte **Europaministerin Dr. Angelica Schwall-Düren** (SPD). Dies schlage sich im Haushaltsentwurf 2011 nieder.

MEDIEN

Andrea Verpoorten (CDU) beanstandete, die Regierung sehe Mittel für einen Medienkompetenzführerschein vor, ohne zu wissen, wie dieser inhaltlich ausgestaltet werden solle.

„Wir wollen Unternehmen stärken und die Menschen fit machen, die Chancen der Medien positiv zu nutzen.“ Dies betreffe die Medienkompetenz gerade von Kindern, meinte **Alexander Vogt** (SPD).

Oliver Keymis (Grüne) betonte, die medienpolitische Stärke bestehe nicht in der Summe des Geldes, sondern darin, wie stark sich Regierung und Fraktionen um das Thema Medien kümmern.

Von der rot-grünen Landesregierung forderte **Ralf Witzel** (FDP) neue Konzepte, um gemeinsam darüber diskutieren zu können, wie der Medienstandort NRW in Zukunft aussehen solle.

Ralf Michalowsky (Linke) schlug vor, Fördermittel des Landes bereitzustellen, um beispielsweise die Existenz von Kinos zu sichern und diese bei der Digitalisierung zu unterstützen.

Medienministerin Dr. Angelica Schwall-Düren (SPD) forderte, das kreative Potenzial NRW auch weiterhin zu fördern. Daher solle der Ansatz um 430.000 Euro angehoben werden.

SCHULE UND WEITERBILDUNG

Die CDU trage Maßnahmen für die Weiterbildung und die Inklusion mit, erklärte **Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg**. Dagegen kritisierte er einen „Flatrate-Etat“ für das Landesinstitut für Bildung und zu hohe Summen für den Modellversuch Gemeinschaftsschule.

„Wir werden auch in finanziell schwierigen Zeiten nicht an der Bildung sparen“, sagte **Sören Link** (SPD). Weniger Geld wolle man für Werbemaßnahmen ausgeben, dafür mehr für die Friedenserziehung, für Inklusion und längeres gemeinsames Lernen.

„Wir wollen Verlässlichkeit in der Schulpolitik über eine Legislaturperiode hinaus“, bekräftigte **Sigrid Beer** (Grüne). Sie wünschte sich einen breit angelegten Bildungskonsens und lobte in diesem Zusammenhang die überparteiliche Bildungskonferenz.

Für **Ingrid Pieper-von Heiden** (FDP) hat der Schuletat Schlagseite. Sie kritisierte das Landesinstitut, die schulische Beteiligung von Friedensaktivisten und den Modellversuch Gemeinschaftsschule als „rot-grüne Spielwiesen“ trotz fehlenden Geldes.

Gunhild Böth (Linke) verteidigte das Landesinstitut für Schule als deutschland-, europa- und weltweit renommiert. Für politische Vorhaben müsse man eben Geld in die Hand nehmen. Dies gelte auch für die Förderung von Kindern mit ausländischen Wurzeln.

Als Ziele des Haushalts beschrieb **Schulministerin Sylvia Löhrmann** (Grüne), die Ganztagschule zu fördern, die Sonderpädagogik zu verbessern, die Inklusion auszuweiten, in puncto Gemeinschaftsschulen ausreichend zu beraten und Schulleitungen zu entlasten.

INNOVATION, WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

„Diese Landesregierung hat keine auskömmliche Finanzierung der Hochschulen sichergestellt“, meinte **Dr. Michael Brinkmeier** (CDU). Sie habe die Studienbeiträge abgeschafft, kompensiere den Wegfall aber nur unzureichend und auch noch schuldenfinanziert.

Ziel des 6,2-Milliarden-Euro-Plans sei es, mehr Menschen fürs Studium zu begeistern und dem Fachkräftemangel vorzubeugen, sagte **Karl Schultheis** (SPD). Dazu trage der Gebührengewfall bei. Investitionen in Wissenschaft und Bildung rentierten sich für Land und Menschen.

„Diese Mittel leisten einen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit in unserem Land“, freute sich **Dr. Ruth Seidl** (Grüne) über rund sechs Prozent mehr Geld im Einzelplan. Rot-Grün habe dabei den doppelten Abiturjahrgang genauso berücksichtigt wie die Aussetzung der Wehrpflicht.

„Sie nehmen Geld weg, das im System ist, und kompensieren es mit neuem Geld, und dann auch noch zu wenig“, befand **Marcel Hafke** (FDP). Rot-Grün habe nicht dargelegt, wie sie das Gebühren-Aus finanzieren wolle. Auch vermisse er eigene Technologie-Projekte seitens der Regierung.

Die mangelhafte Kompensation provozie-re prekäre Jobverhältnisse an Hochschulen, befürchtete **Gunhild Böth** (Linke). Als weiteres Grundproblem beschrieb sie das Hochschulfreiheitsgesetz: Es gehe nicht an, dass staatliche Einrichtungen finanziell machen könnten, was sie wollten.

„Fehlende Bildungschancen und schlechte Bildungsbedingungen vermindern das Wirtschaftswachstum“, begründete **Wissenschafts-**

VERBRAUCHERSCHUTZ

Statt für Verlässlichkeit, Vertrauen und seriöse Information Sorge er für Verunsicherung, warf **Rainer Deppe** (CDU) dem Minister vor.

Man müsse die Arbeit der Verbraucherzentrale sowie der Schuldner- und Insolvenzberatung weiter stärken, betonte **Cornelia Ruhkemper** (SPD).

Verbraucherschutz sichere den Konsumentinnen und Konsumenten die notwendige Teilhabe am Wirtschaftsleben auf Augenhöhe, erklärte **Hans Christian Markert** (Grüne).

Der Beschluss über die Finanzierung der Verbraucherszentralen sei im Landtag einstimmig gefasst worden, unterstrich **Kai Abruszat** (FDP).

wirtschaft stärker gefördert werden, so **Hamide Akbayir** (Linke).

Für eine konzertierte Aktion für den Flächenschutz warb **Landwirtschaftsminister Johannes Remmel** (Grüne). Einen Aufstand im Bauernland gegen seine Politik gebe es jedenfalls nicht.

KLIMASCHUTZ

Die Energiewende in Deutschland koste rund 1,5 Billionen Euro, so **Gregor Golland** (CDU). Und sie bedeute vor allem besonders viele neue Energieleitungen.

Klimaschutz sei Motor für Innovation, Wandel und Arbeitsplätze, beschrieb **André Stinka**



nisterin **Svenja Schulze** (SPD) die 6,2 Milliarden-Investition. Diese beinhalte unter anderem ausgeweitete Studienangebote und eine bessere Geschlechtergleichstellung.

UMWELT- UND NATURSCHUTZ

Umwelt, Klima- und Verbraucherschutz hätten die höchste Steigerungsrate. Minister Remmel sei damit der „Schuldenkaiser“ der Landesregierung, meinte **Rainer Deppe** (CDU).

Es wären wohl noch ein paar Euro mehr notwendig gewesen, um zu zeigen, wie Nachhaltigkeit im 21. Jahrhundert eigentlich aussehe, entgegnete **André Stinka** (SPD).

Fit gemacht werden für die Zukunft müsse NRW über eine Umgestaltung der Industriegesellschaft, orientiert an einem Kompass der Nachhaltigkeit, so **Hans-Christian Markert** (Grüne).

Er sehe nicht, wie die Landesregierung die Gegensätze von Landschafts- wie auch Artenschutz und Flächenverbrauch miteinander versöhnen wolle, meinte **Kai Abruszat** (FDP).

Gegen Gentechnik bei Lebensmitteln sowie gegen Kohle und Gas wandte sich **Hamide Akbayir** (Linke) und forderte stattdessen, auf 100 Prozent erneuerbare Energie umzusteuern.

Klimaschutz, die Erhaltung der Artenvielfalt und der Umgang mit immer knapperen Rohstoffen seien die „Jahrhundertherausforderung“, so **Umweltminister Johannes Remmel** (Grüne).

Gerade Menschen mit geringem Einkommen brauchten eine noch bessere und effizientere Lebensmittelkontrolle, forderte **Hamide Akbayir** (Linke).

Aufgrund neuer Produkte und Verfahren sei beim Verbraucherschutz ständige Innovation gefragt, betonte **Verbraucherschutzminister Johannes Remmel** (Grüne).

LANDWIRTSCHAFT

Der Landwirtschaftsminister betreibe eine Diskriminierung der Landwirte in NRW, die nach den weltweit höchsten Umweltstandards arbeiteten, so **Christina Schulze-Föcking** (CDU).

„Wir wollen, dass sich die Leute wieder stärker mit der Landwirtschaft vor Ort identifizieren können“, wandte sich **Frank Sundermann** (SPD) gegen einen Ausbau von Großbetrieben.

Statt Exportförderung und Weltmarktorientierung brauche man regionale Märkte, regionale Wertschöpfungsketten und eine bäuerliche Landwirtschaft, betonte **Norwich Rübe** (Grüne).

„Unsere Landwirte brauchen keine Politiker, die ihnen Vorschriften machen, wie sie zu arbeiten haben“, forderte **Kai Abruszat** (FDP) mehr Vertrauen in Landwirtschaft und Konsumentenverhalten.

Bei nur 62.880 Hektar Ökofläche habe NRW einen großen Nachholbedarf, daher müsse die regionale und ökologische Land-

(SPD), dass so der Strukturwandel im ländlichen Raum gemeistert werde.

Wenn die Klimakatastrophe nicht jetzt bekämpft werde, werde bald ein massiver volkswirtschaftlicher Schaden spürbar, meinte **Wibke Brems** (Grüne).

Hochmoderne Kohlekraftwerke seien Klimaschutz mit Augenmaß, warnte **Kai Abruszat** (FDP) vor einem „Deindustrialisierungsgesetz“ der rot-grünen Landesregierung.

Beim Klimaschutz dürfe nicht mehr gekleckert, es müsse geklotzt werden, forderte **Michael Aggelidis** (Linke) einen „radikalen“ Umbau der Industriegesellschaft.

Es gehe um die Reindustrialisierung von NRW, und die Leitentscheidung dabei heiße „Klimaschutz als Treiber“, erklärte **Klimaschutzminister Johannes Remmel** (Grüne).

JUSTIZ

SPD und Grüne hätten jahrelang mehr Justizpersonal gefordert, sagte **Harald Giebels** (CDU). Davon höre er nun kaum noch etwas. Zudem müsse NRW nicht nur gegen Rechts-, sondern auch gegen Linksextremismus vorgehen.

Eine leistungsstarke und moderne Justiz, ein sicherer und humanerer Strafvollzug sowie mehr Prävention seien die Ziele von Rot-Grün, so **Sven Wolf** (SPD). Hierzu zähle etwa der Abbau prekärer Arbeitsverhältnisse.

Die von der CDU geforderten Einsparungen seien in der Justiz nicht möglich, betonte **Dagmar Hanses** (Grüne). 60 Prozent der Ausgaben entfielen allein aufs Personal. Zusätzlich enthalte der Einzelplan auch 400 notwendige neue Stellen.

Anstatt zu gestalten, verwalte Rot-Grün lediglich, kritisierte **Dr. Robert Orth** (FDP): „Was haben Sie von der neuen Landesregierung eigentlich für neue Überlegungen umgesetzt?“ Eigene Ansätze seien nicht erkennbar.

Anna Conrads (Linke) lobte das Mehr an psychologischer und sozialer Betreuung in den JVA. Gleichzeitig rügte sie Rot-Grün dafür, sich nicht auf Linken-Anträge im Bereich der Justiz eingelassen zu haben.

Effektiv Recht sprechen, zügig vollstrecken, Rechtsfrieden sichern und Gerechtigkeit durch-

„Nordrhein-Westfalen verliert den Anschluss an die Wachstumsdynamik in Deutschland“, befürchtete **Michael Aggelidis** (Linke). Das Land müsse stärker in die regionale Wirtschaftsstruktur investieren. Stattdessen konsolidiere Rot-Grün den Haushalt.

Zwar gehe es der NRW-Wirtschaft gut. Doch „die Risiken für die konjunkturelle Entwicklung bleiben unverändert hoch“, betonte **Wirtschaftsminister Harry Kurt Voigtsberger** (SPD). Wichtig seien staatliche Wachstumsimpulse, wie sie der Haushalt vorsehe.

ENERGIE

„Klimaschutz ist wichtig, aber Klimaschutz steht nicht über allem“, betonte **Lutz Lienenkämper** (CDU).

Er bemängelte unter anderem die gekürzte Wohnraumförderung.

Die hohe Eigenheimförderung unter Rüttgers sei unverantwortbar gewesen, entgegnete **Jochen Ott** (SPD). „Sie haben damit dem sozialen Wohnungsbau in diesem Land einen Bären dienst erwiesen.“

„Unser Interesse ist es, für die Zukunft Vorsorge zu treffen“, erklärte **Daniela Schneckenburger** (Grüne). Beispiele seien Investitionen in barrierefreien und günstigen Wohnraum.

Christof Rasche (FDP) lobte die neue Enquete-Kommission, kritisierte aber die Koalition, da diese die Wohnraumförderung plündern und ein Feindbild „Private Investoren“ aufbaue.

NRW brauche eine starke Wohnraumförderung, meinte **Özlem Alev Demirel** (Linke). Anderen-



Olaf Lehne (CDU)

Jochen Ott (SPD)

Arndt Klocke (Grüne)

Christof Rasche (FDP)

Bärbel Beuermann (Linke)

setzen: „Hierfür schaffen wir mit dem Haushalt 2011 die Voraussetzungen“, betonte **Justizminister Thomas Kutschaty** (SPD).

WIRTSCHAFT UND MITTELSTAND

„Das Wirtschaftsressort ist gefleddert und nur noch ein Schatten seiner selbst“, meinte **Hendrik Wüst** (CDU). Kies-Euro, Wasserentnahmeentgelt, Bettensteuer und höhere Gewerbesteuer: Mit diesen „Grausamkeiten“ belaste Rot-Grün die Wirtschaft.

„Der Wirtschaftsminister hat die Lehren aus der Krise gezogen“, lobte **Thomas Eiskirch** (SPD). Mit gezielten Impulsen bekämpfe der Haushalt Risiken für die konjunkturelle Entwicklung. Zudem bestehe trotz guter Konjunktur immer noch eine Produktionslücke.

Die erneuerbaren Energien müssten zum ökologischen und wirtschaftlichen Zukunftsmotor werden, sagte **Daniela Schneckenburger** (Grüne). Dazu brauche das Land zusätzliche Fachkräfte. „Es geht darum, aus Umwelt und Wirtschaft ein Win-Win-Team zu machen.“

„Sorgen Sie dafür, dass die Landesregierung nicht noch weiter den Mittelstand malträtiert“, forderte **Dietmar Brockes** (FDP) den Wirtschaftsminister auf. Das Vertrauen der Unternehmen in die Landespolitik sei erschüttert, neue rot-grüne Akzente fehlten.

Der Regierungsentwurf zum Klimaschutzgesetz gefährde den Industrie- und Energiestandort NRW.

NRW müsse zeigen, dass Ökologie und Industriegesellschaft keine Gegensätze seien, erklärte **Dietmar Bell** (SPD). Mit dem rot-grünen Konzept werde man wieder eine Vorreiterrolle bei den erneuerbaren Energien übernehmen.

„Die erneuerbaren Energien liefern die Lösungen für die Energieversorgung der Zukunft“, meinte **Wibke Brems** (Grüne). Wirtschaftskraft und Jobs seien nur sicher, wenn das Land jetzt in den Klimaschutz investiere.

Das Umweltressort bestimme die Energiepolitik in NRW, beanstandete **Dietmar Brockes** (FDP). Die Regierung müsse endlich erklären, wie sie den Umstieg auf mehr erneuerbare Energien finanzieren wolle.

„Der sofortige Ausstieg ist möglich“, sagte **Michael Aggelidis** (Linke). Zwar könne das Aus für Atom- und Kohlestrom kurzfristig Wachstum kosten und Energiepreise anheizen, dies sei jedoch lösbar.

Netze ausbauen und Akzeptanz hierfür schaffen: „Es geht darum, die Strukturen auf dem schnellstmöglichen Weg hin zu erneuerbaren Energien umzustellen“, so **Wirtschaftsminister Harry Kurt Voigtsberger** (SPD).

STÄDTEBAU UND WOHNEN

Der Einzelplan dokumentiere die Fehlerhaftigkeit der rot-grünen Politik, sagte **Bernhard Schem-**

falls befürchte sie erheblich steigende Mieten und einen verschärften Investitionsstau.

Der Einzelplan setze wichtige Impulse für Land, Kommunen und Menschen, sagte **Bauminister Harry Kurt Voigtsberger** (SPD). Auch die Wohnraumförderung sei bedarfs- und nachfragegerecht.

VERKEHR

„Sie können es nicht“, warf **Olaf Lehne** (CDU) der Landesregierung vor. Sie reduziere die Mittel für den Straßenneubau, und auch die zusätzlichen Sanierungsgelder seien zu gering.

Es sei dringend notwendig, gemeinsam den „Mobilitätsinfarkt“ zu stoppen, so **Jochen Ott** (SPD). Rot-Grün investiere dazu in Straßenherhalt statt Neubau und in ein Sozialticket im ÖPNV.

Die CDU setze lediglich auf Autos und Straßen, kritisierte **Arndt Klocke** (Grüne). Rot-Grün wolle den Menschen stärker ermöglichen, auf Alternativen wie Rad und Bahn umzusteigen.

Ob Schiene, Luft oder Wasser: Bei allen Verkehrsträgern sei unter Rot-Grün bisher nicht viel passiert, urteilte **Christof Rasche** (FDP). Beim Straßenneubau würden gar Mittel reduziert.

Zu einer sozialen Verkehrspolitik gehöre bezahlbare Mobilität für alle, betonte **Bärbel Beuermann** (Linke). Allerdings sei das rot-grüne Sozialticket eine Flickschusterei.



Monika Brunert-Jetter (CDU)

Andreas Bialas (SPD)

Oliver Keymis (Grüne)

Angela Freimuth (FDP)

Ralf Michalowsky (Linke)

So viele Menschen wie möglich müssten mobil sein können, sagte **Verkehrsminister Harry Kurt Voigtsberger** (SPD). Rot-Grün investiere deshalb verstärkt in den ÖPNV, Radwege und den Straßenerhalt.

FAMILIE, KINDER UND JUGEND

„Schuldenmachen geht generationenpolitisch völlig am Ziel vorbei“, betonte **Ursula Doppmeier** (CDU). Bei der Kindertagesbetreuung opfere die Landesregierung zudem mögliche Qualitätsverbesserungen einem beitragsfreien dritten Kindergartenjahr.

Dagegen bewertete **Wolfgang Jörg** (SPD) den Etat als großartigen Aufschlag für einen Paradigmenwechsel hin zu einer vorausschauenden Politik. Der demographische Wandel lasse keine Zeit: Man müsse sowohl in Qualität als auch in die Beitragsfreiheit investieren.

Auch **Andrea Asch** (Grüne) sah in dem Teilbereich des Haushalts einen Quantensprung in der Familien-, Kinder- und Jugendpolitik. Familien würden mehr unterstützt und entlastet, die Kleinkindbetreuung verbessert und ausgebaut, die Jugendarbeit gestärkt.

Marcel Hafke (FDP) vermisste angesichts knapper Kassen eine vernünftige Prioritätensetzung. Bei der Kinderbetreuung sprach er sich dafür aus, anstelle in die noch unzureichend präziserte Beitragsfreiheit lieber in Qualität zu investieren.

Dr. Carolin Butterwegge (Linke) begrüßte richtige Ansätze, erwartete aber deutliche Nachbesserungen. Rot-Grün drohe am selbstgesteckten Ziel einer qualitativ hochwertigen Kindertagesbetreuung zu scheitern, sagte sie und forderte eine Investitionsoffensive.

Viel Hysterie in der Debatte erkannte **Familienministerin Ute Schäfer** (SPD). Sie beklagte eine dramatisch hohe Kinderarmutsrate in NRW. Deshalb wolle man einen radikal anderen Weg einschlagen und die Zukunft der Kinder und Familien nicht kaputtsparen.

KULTUR

„Wo bleibt hier die Kultur?“, fragte **Monika Brunert-Jetter** (CDU) mit Blick auf den Haushaltsentwurf. De facto werde der Kulturhaushalt um 2,3 Millionen Euro gekürzt.

„Die Landesregierung steht für Verlässlichkeit in der Finanzierung der Kultur“, sagte dagegen **Andreas Bialas** (SPD). So viel Geld für Kultur habe es noch nie gegeben.

In NRW gebe es ein breites Kulturangebot, die Menschen seien kulturell aktiv, so **Oliver Keymis** (Grüne). Die Politik Sorge für entsprechende Rahmenbedingungen.

Angela Freimuth (FDP) forderte, Gelder für konkrete Maßnahmen zur kulturellen Bildung auszugeben, jedoch nicht allgemeine Mittel in den Haushalt einzustellen.

„Kürzungen gibt es de facto nicht“, meinte **Ralf Michalowsky** (Linke). „Aber kann es das Ziel der Kulturpolitik sein, sich mit einer Mangelverwaltung zufriedenzugeben?“

Kunst und Kultur würden der Gesellschaft enorme Impulse geben, so **Kulturministerin Ute Schäfer** (SPD). Daher solle die Kulturförderung in allen Sparten erhalten bleiben.

SPORT

„Dieser Sporthaushalt ist ein Dokument des Stillstands“, so **Holger Müller** (CDU). Der Entwurf enthalte große Worte, doch die Regierung sei „nicht vom Fleck gekommen“.

In diesem Haushalt, so erklärte **Wolfgang Roth** (SPD), materialisiere sich, was die Landesregierung im „Pakt für den Sport“ mit den Sportorganisationen erarbeitet habe.

„Rot-Grün zeigt, dass es möglich ist, auch ohne große Erhöhungen im Sportetat ein verlässlicher Partner des Sports zu sein“, lautete **Josefine Pauls** (Grüne) Fazit.

Dr. Ingo Wolf (FDP) kritisierte unter anderem die Absenkung der Mittel für den Neu- und Ausbau von überregional bedeutsamen Sportstätten um 1,9 Millionen Euro.

Ralf Michalowsky (Linke) fragte sich, „ob der Anteil des Landes und der Stadt Dortmund am entstehenden DFB-Museum tatsächlich so hoch sein muss“.

Es sei „sehr wichtig, die Sportförderung auf einem hohen Niveau abzusichern“, betonte **Sportministerin Ute Schäfer**. Dies sei der Regierung gelungen.

ARBEIT UND BERUFLICHE WEITERBILDUNG

Die Landesregierung stelle sich nicht den Anforderungen des Arbeitsmarktes, dem Fach-

kräftemangel einerseits und der steigenden Zahl von Geringqualifizierten andererseits, meinte **Peter Preuß** (CDU).

Bei der regionalisierten Arbeitsmarktpolitik wie auch beim sozialen Arbeitsmarkt habe die neue Landesregierung Kürzungen zurückgenommen und neue Akzente gesetzt, betonte **Rainer Bischoff** (SPD).

Die neue Handschrift sei, zum Beispiel Arbeitslosen, alleinerziehenden Frauen, Migranten, Flüchtlingen und Behinderten den Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen, so **Martina Maaßen** (Grüne).

Die Landesregierung orientiere sich an der Vergangenheit, der Ruf nach dem „Normalarbeitsverhältnis“ verkenne die Wirklichkeit. Wichtig seien differenziertere Ansätze, meinte **Marcel Hafke** (FDP).

Die Rückkehr zur Zeit vor der schwarz-gelben Regierung könne er nur begrüßen, lobte **Wolfgang Zimmermann** (Linke): „Wir wollen Arbeit wieder aufwerten.“ Die Ein-Euro-Jobs müssten abgeschafft werden.

Die Arbeitsmarktpolitik in NRW sei in guten Händen, so **Arbeitsminister Guntram Schneider** (SPD). Er kritisierte dagegen die Kürzung von 1,3 Milliarden Euro in der Arbeitsförderung durch die Bundesregierung.

INTEGRATION

„Der Integrationsbereich wird mehr oder minder nebenbei verwaltet“, bedauerte **Michael Solf** (CDU). Der Bereich sei unter Rot-Grün „ein Anhängsel von Arbeit und Soziales“.

„Wir sind mit dem Haushaltsansatz auf einem guten Weg“, sagte **Bernhard von Grünberg** (SPD). Das politisch bislang Erreichte könne gehalten und ausgebaut werden.

„Integration kann man nicht für Geld kaufen“, betonte **Arif Ünal** (Grüne). „Es geht um das Gefühl dazuzugehören.“ Daher handele es sich um einen relativ kleinen Etat von rund 18 Millionen Euro.

Marcel Hafke (FDP) bemängelte, dass die Regierung Mittel für einen neuen Bürgerservice einplane. „Warum investieren Sie diese Mittel nicht in schon etablierte Institutionen?“

„Integration ist nicht zum Nulltarif zu haben“, erklärte **Ali Atalan** (Linke). Das Land müsse investieren und könne „nicht einfach auf Zuständigkeit des Bundes verweisen“.

Integrationsminister **Guntram Schneider** (SPD) erklärte, der Entwurf verspreche, Anfang 2012 ein Teilhabe- und Integrationsgesetz in Kraft setzen zu können.

SOZIALES

Im Sozialhaushalt habe Rot-Grün keine nennenswerten Akzente gesetzt, nicht einmal eigene Zielvorstellungen umsetzen können, urteilte **Norbert Post** (CDU). Vieles Übrige bleibe zu vage.

Zentrale Vorhaben im Sozialbereich seien die – möglichst gemeinsame – Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und eine Grundversicherung für Kinder, so **Michael Scheffler** (SPD).

Andrea Asch (Grüne) forderte echte Inklusion: Das bedeute, dass alle dazugehörten. Bei der Armutsbekämpfung würden künftig mehr Kinder berücksichtigt, erklärte sie.

Beim Thema Kinderarmut erhoffte sich **Marcel Hafke** (FDP) den Verzicht auf parteipolitische Reflexe. Auf den angekündigten Inklusionsplan könne man gespannt sein.

„Ihr Sozialetat ist eine Atempause gegen den rasanten Sozialabbau“ der letzten Jahre, meinte **Dr. Carolin Butterwegge** (Linke). Sie vermisse aber mehr Einsatz gegen Armut.

Die Bekämpfung der Kinderarmut erfordere komplexe Maßnahmen, erklärte **Sozialminister Guntram Schneider** (SPD). Zudem wolle man die Behindertenpolitik in die Inklusion überführen.

GESUNDHEIT, PFLEGE UND ALTER

Hubert Kleff (CDU) beklagte vor allem Versäumnisse in der Gesundheits- und Generationenpolitik und nannte dazu die Themen Krankenhausrahmenplan, Nichtraucherschutz, Organspende und demographische Entwicklung.

Zwar könne man nicht ruckartig das Ruder herumreißen, aber einen Politikwechsel beginnen, sagte **Angela Lück** (SPD). So stünden der Ärztemangel auf dem Land und eine Stärkung der Pflege auf dem Programm.

Arif Ünal (Grüne) ergänzte dies um die Ziele einer ortsnahen Versorgung, der Vorbeugung und Suchthilfe, eines geschlechtersensiblen Gesundheitswesens und neuer Wohn- und Pflegeformen.

Marcel Hafke (FDP) bemängelte „ideologische Aktivitäten“ und Ausgaben etwa gegen den Ärztemangel im ländlichen Raum sowie für Modellprojekte zur besseren Patientenorientierung im Krankenhaus.

Es handele sich um eine Fortsetzung der alten Politik, allerdings mit leichtem sozialen Anstrich, urteilte **Wolfgang Zimmermann** (Linke). Er forderte unter anderem eine bedarfsbezogene Krankenhauspolitik.

„Wir sind viel weiter, als Sie meinen“, antwortete **Gesundheitsministerin Barbara Steffens** (Grüne) CDU und FDP. Das Wohn- und Teilhabegesetz etwa behindere neue Wohnformen, weswegen es überarbeitet werde.

EMANZIPATION

Andrea Milz (CDU) fand im Haushaltsentwurf einen „Beweis dafür, wie man Wahlgeschenke auf Pump und auf Kosten der nachwachsenden Generationen finanzieren will“.

Dagegen erklärte **Gerda Kieninger** (SPD), der Entwurf sei ein guter Haushalt für die Geschlechtergerechtigkeit in NRW und stelle die Weichen wieder in die richtige Richtung.

Auch **Verena Schäffer** (Grüne) lobte den „Schritt in Richtung zukunftsweisender Gleichstellungspolitik“, etwa mit Blick auf die finanzierten Kompetenzzentren „Frau und Beruf“.

Angela Freimuth (FDP) fand, die politischen Ansätze im Haushalt seien überholt. Es gebe zahlreiche eigene Initiativen von Unternehmen zur Stärkung der Frauen im Beruf.

Nicht zufrieden zeigte sich **Hamide Akbayir** (Linke). Es fehle nach wie vor an Geld und Personal, um nötige Maßnahmen den Anforderungen entsprechend zu organisieren.

Emanzipationsministerin Barbara Steffens (Grüne) erklärte, Rot-Grün habe Wort gehalten und die zuvor von der CDU/FDP-Regierung gekürzten Mittel wieder in den Haushalt eingestellt.

ALLGEMEINE FINANZVERWALTUNG

Die CDU stimme der Einstellung von mehr Betriebsprüfern zu, verlange aber, dass diese

durch Einsparungen gegenfinanziert werde, meinte **Bernd Krückel** (CDU). Die Landesregierung müsse endlich anfangen, mit Augenmaß zu sparen, um so einen verfassungsmäßigen Haushalt vorzulegen.

Mit Blick auf Wirtschaftswachstum, Beschäftigungsstand und Preisniveaustabilität müsse man für NRW noch eine „Abweichung von der Normlage“ feststellen, so **Martin Börschel** (SPD). Die Eignung der geplanten Investitionen, insbesondere im Bildungsbereich, sei nachgewiesen worden.

Die kommunale Familie sei mit 2 bis 2,5 Milliarden Euro jährlich unterfinanziert, ergänzte **Mehrdad Mostofizadeh** (Grüne) die Äußerungen seines Vorredners. Auch diese Situation trage zur Störungslage bei und müsse daher durch entsprechende Hilfen des Landes beseitigt werden.

Durch die Abschaffung der Studiengebühren oder das beitragsfreie letzte Kindergartenjahr werde die Haushaltslage bewusst verschlechtert, kritisierte **Angela Freimuth** (FDP). Beim Wasserentnahmentgelt oder der Grunderwerbssteuer belaste man dagegen die Bürgerinnen und Bürger.

Die massiven Korrekturen am Haushalt sowie die globale Minderausgabe von über 500 Millionen Euro seien fragwürdig und parlamentarisch inakzeptabel, so **Rüdiger Sagel** (Linke). Nachgebessert werden müsse vor allem in den Bereichen Bildung und Soziales sowie auf der Einnahmeseite.

Die Landesregierung habe bei den Ausgaben sparen können, ohne dass die „entscheidenden Punkte des Politikwechsels“ geändert worden seien, betonte **Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans** (SPD). Die heute stark sprudelnden Steuerquellen seien aber kein Beweis für stetiges Wachstum.

Die beratenen Einzelpläne haben mit den Stimmen von SPD und Grünen jeweils die Zustimmung einer Landtagsmehrheit gefunden. CDU und FDP stimmten dagegen, die Linksfraktion nahm an allen Abstimmungen nicht teil. Nach nochmaliger Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss folgt die dritte Lesung im Plenum.



Fotos: Schälte

Norbert Post (CDU)

Michael Scheffler (SPD)

Andrea Asch (Grüne)

Marcel Hafke (FDP)

Dr. Carolin Butterwegge (Linke)